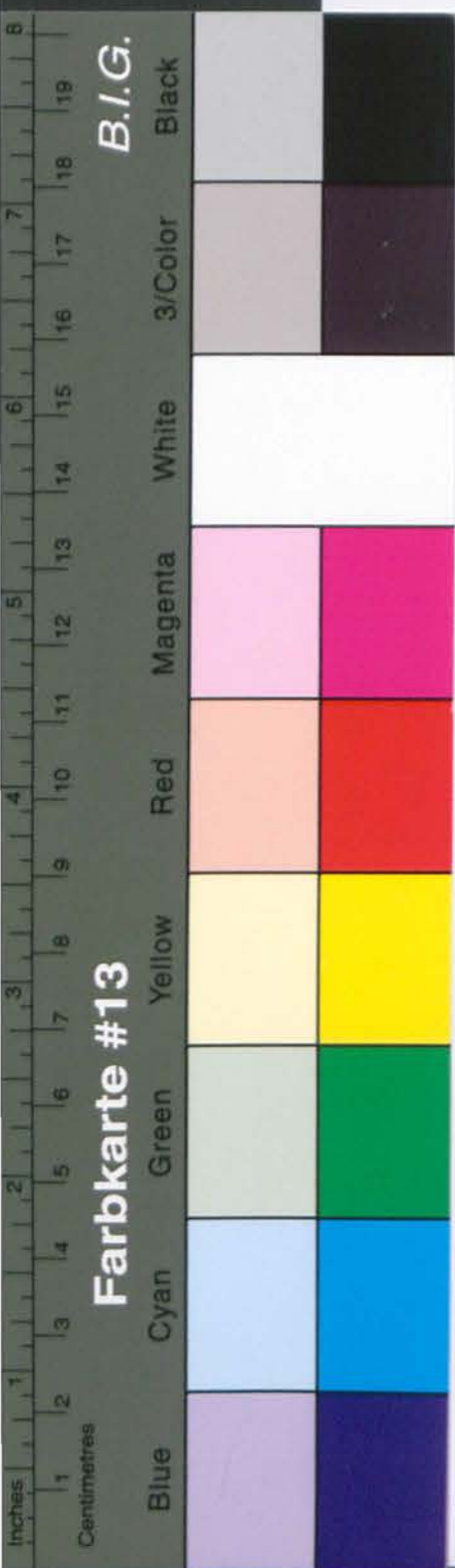


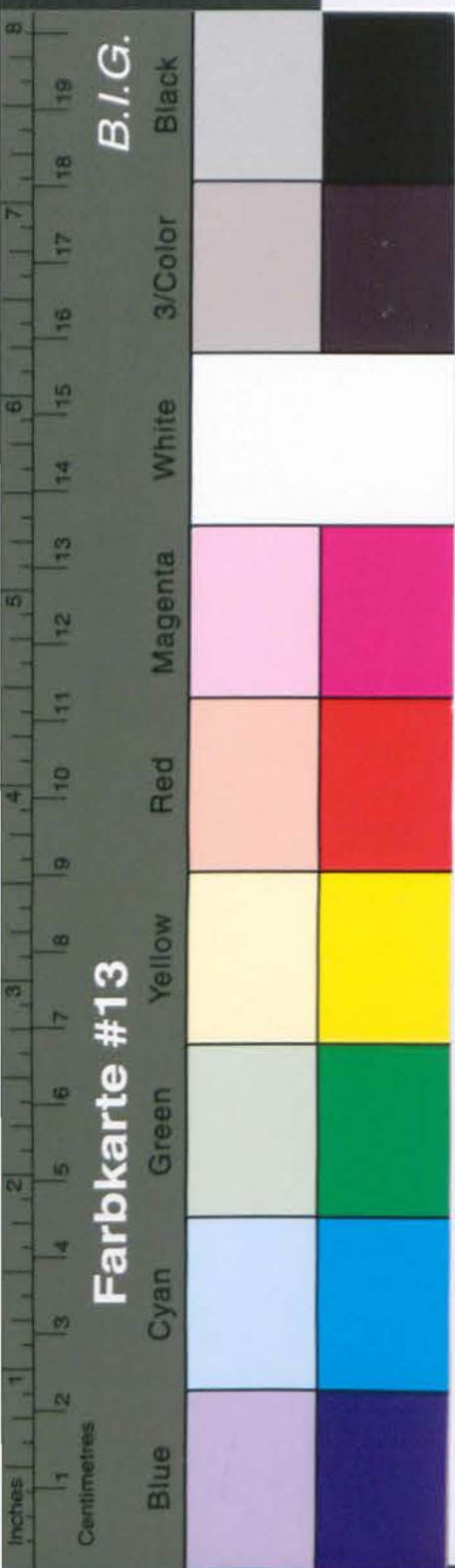


Kreisarchiv Stormarn B 2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

468



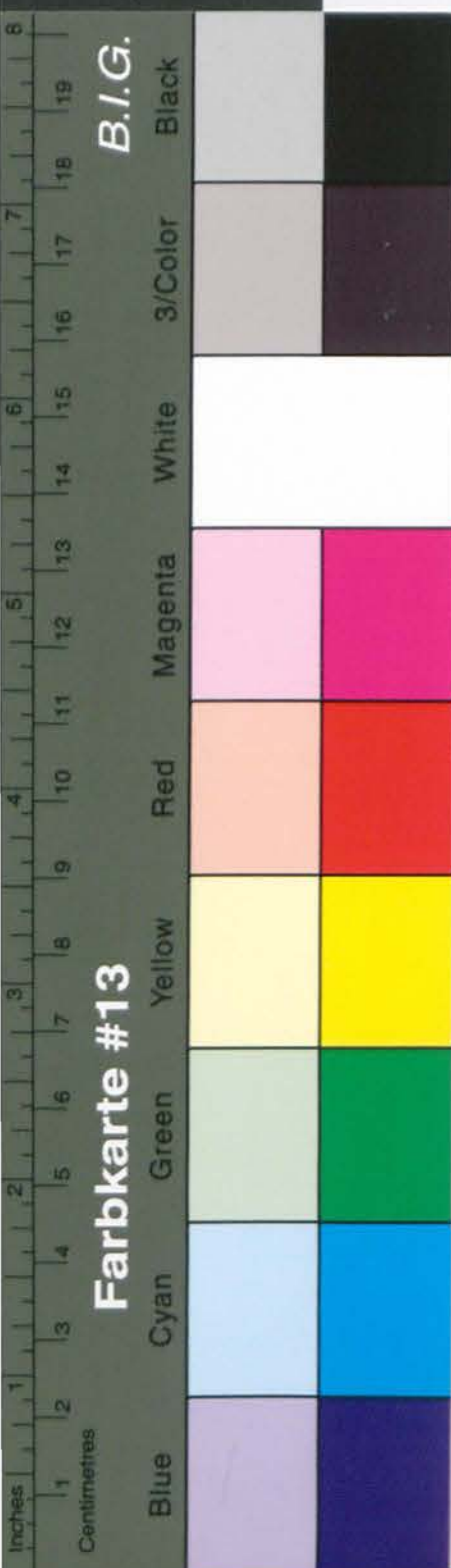
Kreisarchiv Stormarn B 2

Reinfeld/Holst., 9. Aug. 1942

An die geliebte Wintergütmausung
Königin der Wälder das Nazingut
in der Alster.

Leinwand überwiegt in der Abseht der Königin
als Holzwurfschnecke bei der Wälderwälder
Königin. Der Geist der Königin liegt in
"geliebte Wälderwälder Wälder".
Gleichzeitig überwiegt in der Abseht
von der Wälder bei der Wälderwälder in der Wälder.
Die Wälder werden abgeworfen und Wälder
mit der Wälderwälder Wälder Wälder
und Wälder der Wälder. In der 63 Jahre alt
und Wälder der Wälder. Wälder Wälder
Wälder Reinfeld Wälder Wälder.

Gefangenschaft
Johannes Ritz



Kreisarchiv Stormarn B 2

Feldpost

Abfender:

2/104

Abchrift.

2 19

Gefäßnummer:

Ca. 529/35

untersucht
am 14. Febr. 1936

geg. Bülau
alt Wk.-Lecum
der Gefäßstullen.

Ausfertigung.

Im Namen des Christen Volkes!

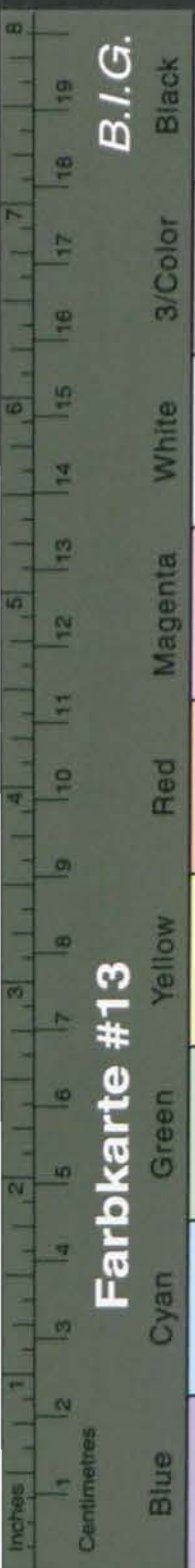
Im Namen des Holenmüßers Johannes
Lott aus Reinfeld, Lumburgsamer S.
Elägen,

gegen den Ernst Stormarn in Wandsbek,
unter dem Namen des Landrat,

Lübeck, BEG)
wegen Einweisung der Abtrittsprüfung
hat das Abtrittsprüfung in Wandsbek
auf die mündliche Verhandlung vom
14. Februar 1936 durch den Gerichtspräsidenten
Dr. Mikoleit als Vorsitzenden.
mit dem Abtrittsprüfung Hardt und Fick, als
Lübeck, für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen.
Der Kläger hat Kostenpunkt trägt der Kläger.
Der Name des Christen Volkes wird auf
100,- RM festgesetzt.

ung?
deren
er der



Kreisarchiv Stormarn B 2

Feldpost

Abfender:

11.10.35

Abfender:

II.

3 19

Fortsetzung:

Der Fälscher war bei dem Loklagten seit dem Jahr 1914
als Kolonnenführer bei der Warlandleitung des Fälscher
Norman tätig. Im Juni 1935 wurde dem Fälscher
zum 31. 7. 35 gekündigt. In dem Kündigungsschreiben
wurde von dem Loklagten als Kündigungsgrund
„grobsteingig unzuverlässiges Verhalten des Fälschers“
angeführt. Dieser Lohn wird der Fälscher seit
zum 3. 8. 35 einflusslos entzogen. Der Fälscher
und Inhaberin Karle bekam der Fälscher am 17. 8. 35
überreicht und die Arbeitsbescheinigung am 20. 9. 35
entgegenüber. In der Arbeitsbescheinigung ist als
Kündigungsgrund ebenfalls grobsteingig unzuverlässiges
Verhalten angegeben.

Der Fälscher verlangt von dem Loklagten Bescheinigung
der Arbeitsbescheinigung. Es ist der Ansicht, dass der
Loklagte nicht berechtigt gewesen sei, als Kündigungs-
grund grobsteingig unzuverlässiges Verhalten des Fälschers
angeführt. Die Vorgänge, die zu seiner Entlassung
geführt hätten, müssten im vorliegenden auf
Fälscherin.

Der Fälscher beantragt,

dem Loklagten zu versichern, die Arbeits-
bescheinigung vom 19. 9. 35 lassen zu bescheinigen,
dass als Kündigungsgrund angegeben wird:
„Kündigung durch den Arbeitgeber ohne Grund.“

Der Loklagte beantragt,
den Fälscher abzuweisen.



111000

4 19

(BEG)

6000

dere

dere

let de

Thine

Kreisarchiv Stormarn B 2

Feldpost

Abfender:

2/1004

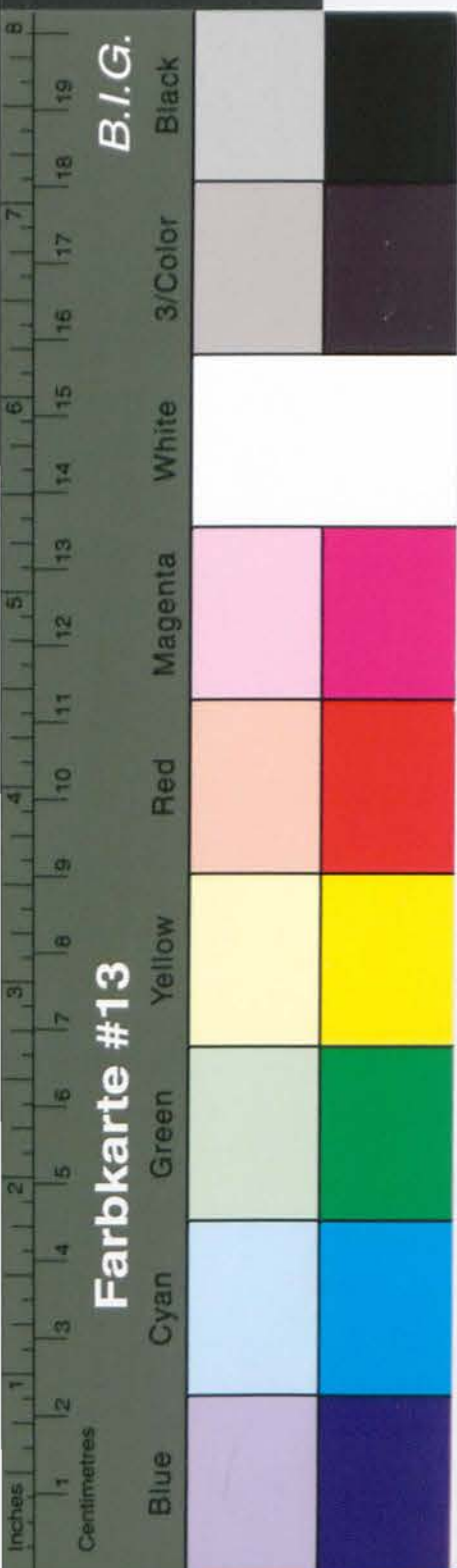
Abfender!

IV.

5 4 19

Mein Brief über den von dem Reichstag beschlossenen Entwurf
der Verfassungsänderung hat Herrst Hermann Junger,
galt, ist die Entscheidung des Reichstags nicht davon
wegen gütlich ungenügendem Verhalten des
Reichstags entgegengekommen worden, nachdem die zu
stehenden Parteien einmütig zu dieser Frage
angefasst worden sind. Diese haben sich überein-
stimmend ausgesprochen, daß der Reichstag als
gütlich ungenügend anzusehen sei. Dies ergibt
sich aus dem Brief des Reichstagspräsidenten des
N. L. V. Reichs von 20. 2. 35, aus welchem sich
der Reichstag des N. L. V. gegenüber stark abgrenzt
ausgesprochen hat. Auf den Reichstagspräsidenten des
N. L. D. D. P. stellt der Reichstag in dem Schreiben
vom 23. 2. 35 kein günstiges Zeugnis aus. In dem
Schreiben des Reichstagspräsidenten des N. L. D. D. P.
vom 7. 3. 35 wird der Reichstag als gütlich ungenügend
bezeichnet. Der Reichstag habe sich auf der Basis
überwiegend gegenüber dem nationalsozialistischen
Staat nicht abgegrenzt, sondern sich gewarnt,
fortwährend und schließlich ausgesprochen. In einem
weiteren Schreiben des Reichstagspräsidenten des
N. L. D. D. P. vom 14. 5. 35 besagt diese Sache, daß
der Reichstag verlassen werden müsse. Der Reichstag
habe so unmittelbar und Material findet schließlich
Mittel, sich anzuschließen und anzuschließen, gezeigt,
daß er für einen Staatsakt nicht tragbar sei.

Verfassen



Kreisarchiv Stormarn B 2

Feldpost

Abfender:

21.11.44

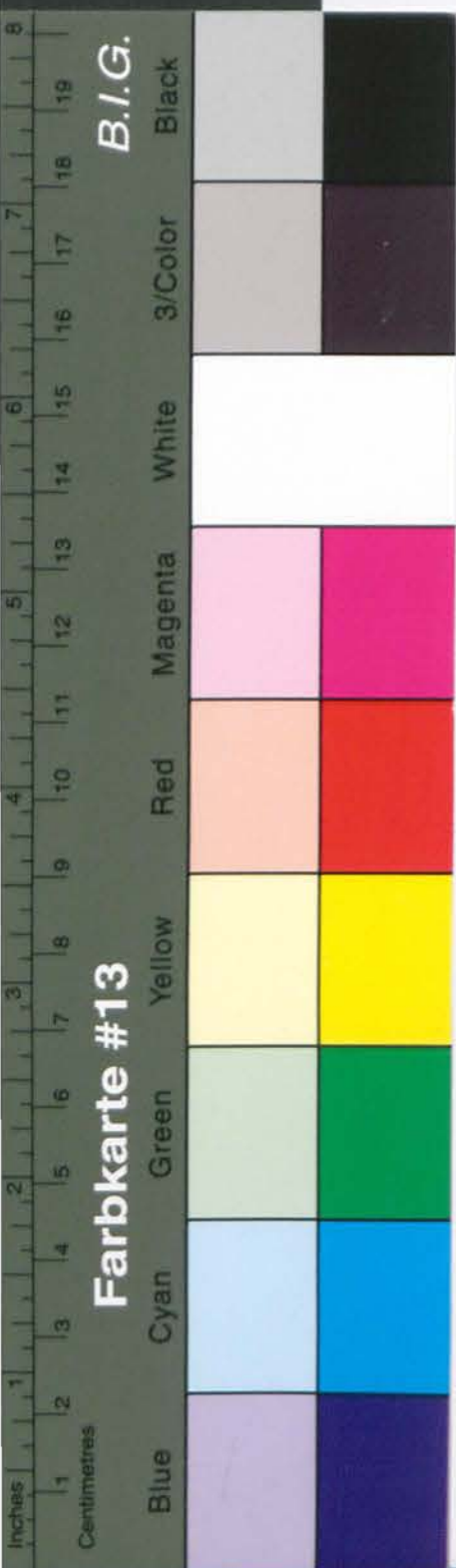
Abficht!

V.

6. Aug. 1954 19
6

Hilfsbrief hat sich die Familienleitung Hermann der
N. L. D. D. P. in ihrem Schreiben vom 8.9.35 mit
der Angabe des Entscheidungsgrundes, "golitisch
unzuverlässiges Verhalten" in der Arbeitsbescheinigung
innerhalb dessen erklärt. Wenn sich Grund dieser
Merkmalen/Personen und persönlichen Beurteilungen
der zuständigen Parteikommissionen der Beklagten
zu der Überzeugung gelangte, daß der Kläger
golitisch unzuverlässig sei und daß er diesem
Grund daher als Lösungsgrund in der Arbeits-
bescheinigung angegeben müsse, so war dies
sicherlich berechtigt. Auch in der genannten
Klageschrift der Familienleitung Hermann der
N. L. D. D. P. vom 10.2.36 wird der Kläger wegen
seiner Klageschrift gegenüber der N. L. V. und
der D. D. F. als golitisch unzuverlässig bezeichnet.

Nach diesen Umständen kann dem Beklagten
nicht zugemutet werden, die Arbeitsbescheinigung
dahin zu berichtigen, daß als Lösungsgrund
"Entscheidung über den Arbeitsgeber ohne Grund"
angabe werden würde. Dies würde nach der
gesamten Vorgeschichte unzulässig sein. Dem Auftrag
des Klägers, den von dem Beklagten im Frühjahr
vergebenen Lohn der genannten Zeugen nicht
vor Gericht zu verurteilen, bräute nicht statt,
gegeben zu werden. Die Frage, ob der Kläger
golitisch unzuverlässig ist, ist ein golitischer
Wortlaut



Kreisarchiv Stormarn B 2

Feldpost

Abende:

Abende:

Abgabe!

VI.

Wendebild, welches die Darstellung der N. L. D. D. P.
zu treffen hat. Diese hat sich, wie vorstehend erwähnt,
gegründet worden ist, so eindeutig zu Ungunsten
des Klägers gewandt, dass diese Tatsache selbst
kaum nicht aus dem Munde gewöhnt worden
könnte, wenn man die Züge in dem Sinne
der anderen Punkte ihrer früheren Aussagen nicht
mit der Tatsache einseitig aufhalten sollten, mit
welcher sie ihre Bekundungen damals gemacht
haben. Aus diesen Gründen konnte die Klage
keinen Erfolg haben.

Die Rechtsmittelprüfung läuft auf § 91 ZPO.

Rechtsmittelprüfung Form. 131.

geg.: Dr. Nikolaits.

Unterschrift:

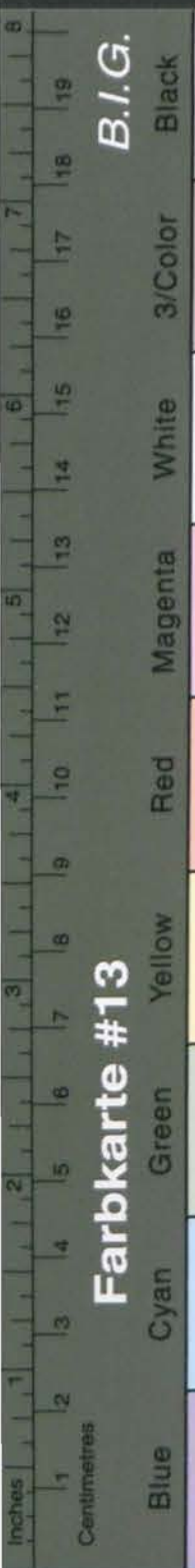
Wendebild, am 22. Februar 1936.

Prüf. Arbeitsgericht Wendebild

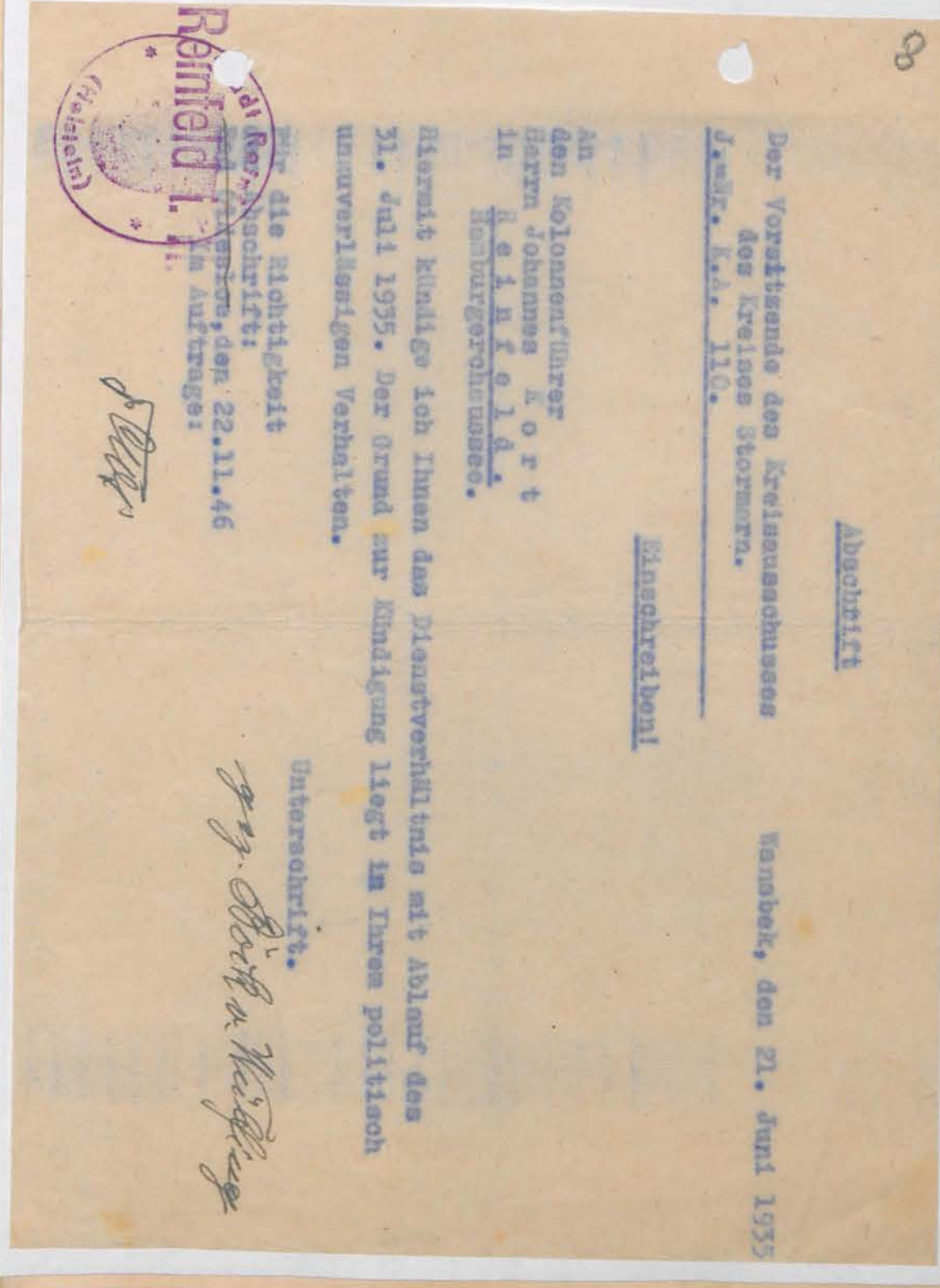
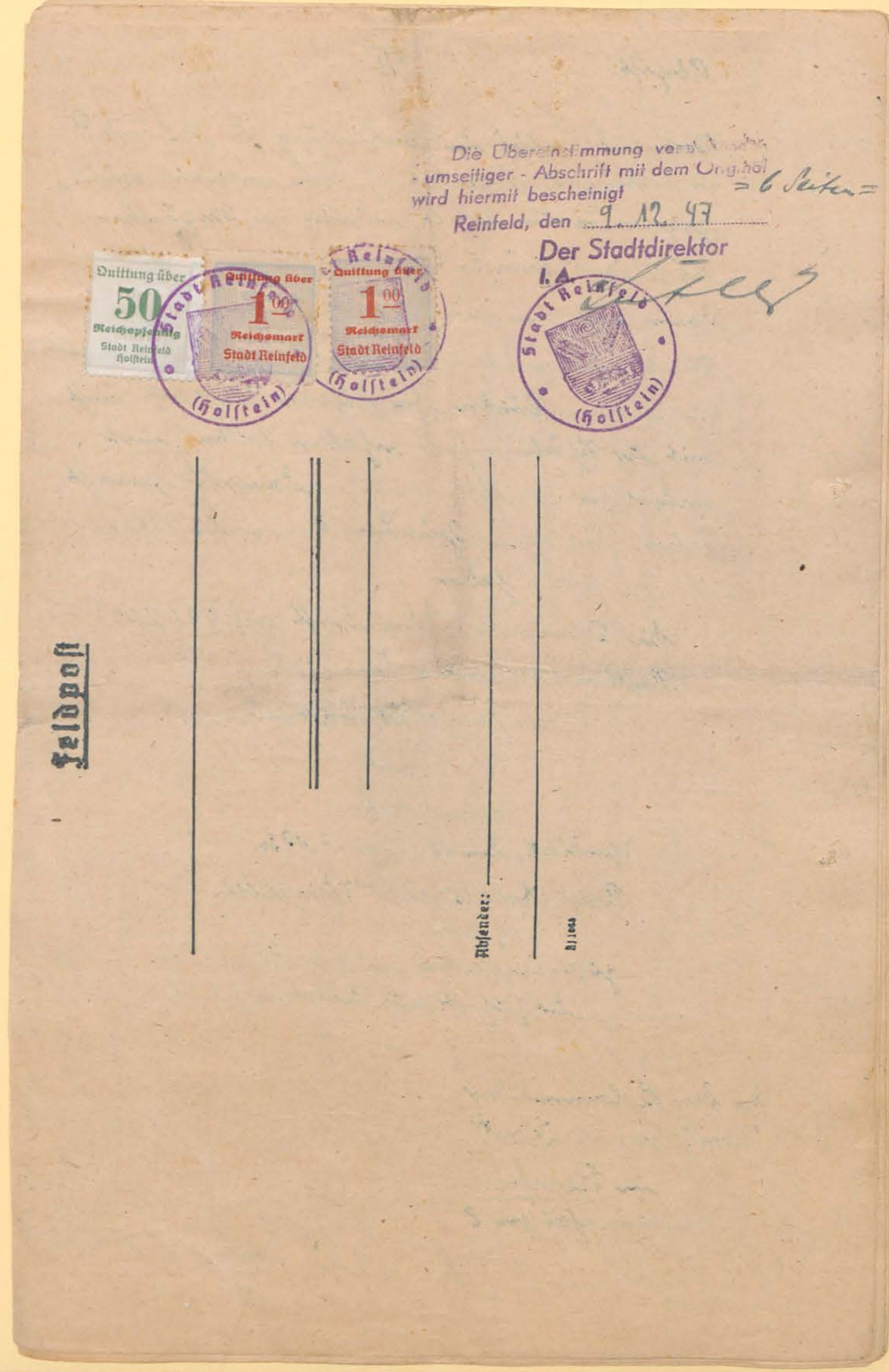
geg. Unterschrift.

gütlich eingestellter alt Bekundeter unter
der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts.

An den Kolonnenführer
Herrn Johannes Kort
in Reinfeld,
Lombingergasse 8



Kreisarchiv Stormarn B 2



19 JAN. 1954 19

ungsbehörde aufzufüllen:
sstempels)

alltistischen Verfolgung (BEG)

Stormarn
Kausses
his Land:
- Holstein.

d Haus-Nr.)

25. 3. 1948

echt

ens oder der Weltanschauung?

nein

der Verfolgung eines anderen

reis, Land:

d Haus-Nr.)

e oder des Glaubens oder der

9

- 4/413 - Kort - D./Re. Bad Oldesloe, den 6.4.1948

Herrn
Johannes Kort
in Rein f e l d
Hamburger-Chaussee 8

Unter Bezugnahme auf Ihren Antrag vom 9.12.1947 wird
Ihnen mitgeteilt, dass Sie durch den Kreis-Sonderhilfsausschuss
als politisch Verfolgter anerkannt und Ihnen der kleine Be-
rechtigungsschein erteilt wurde. Anliegend erhalten Sie die
Bescheinigung.

Im Auftrage:

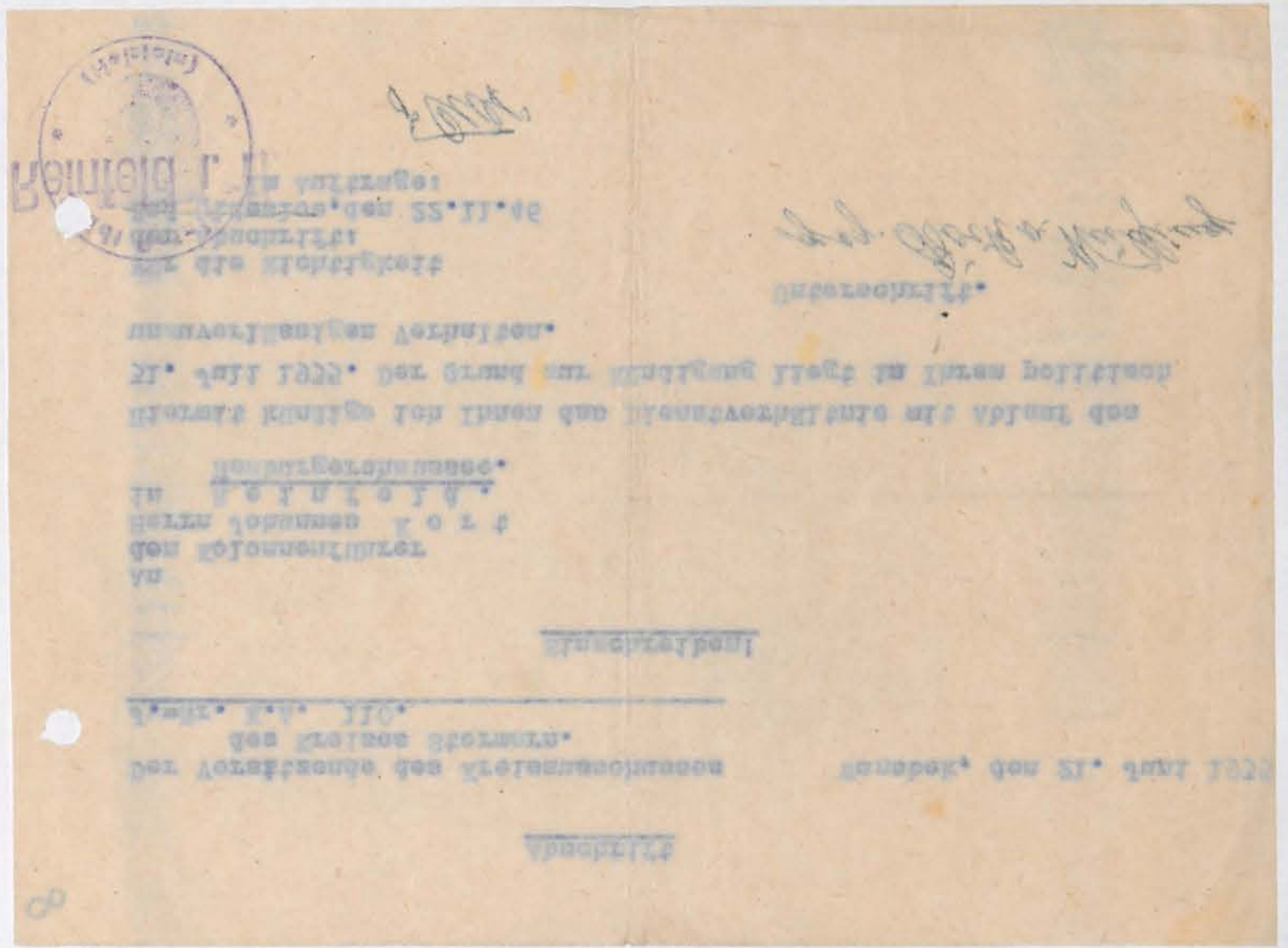
Mitteilung Kreisernährungsamt
über begrenzte Ernährungszulage
für 3 Monate (113. bis 115. Zu-
teilungsperiode).

esloe, den 12. März 1949

24/3.48

ahnhafte Johannes K o r t ist
ss er dort einen Antrag auf
rät von dem Kreis-Sonderhilfs-
urde, sondern lediglich als
legten Schreiben vom 21.6.35
lege in seinem polit. unzu-
nenführer bei der Überland-

m Aufträge:



Kreisarchiv Stormarn B 2



Im Auftrage:

den Herrn Landrat, Bezirksfürsorgeverband
in Kreis Stormarn
Wandsbek.

18.1.81.0.25
 18.1.50
 18. Januar 1950.

Kreissonderhilfsausschuss
 4-1/8 Kort-D./-

Bescheinigung.

Herrn Johannes Kort in Reinfeld, Hamburger Chaussee 8
 wird hiermit zur Vorlage beim Finanzamt Stormarn bescheinigt, dass
 er von dem Kreissonderhilfsausschuss Stormarn als ehem. polit.
 Geschädigter anerkannt ist. Er hat Antrag auf Wiedergutmachung auf-
 grund des Gesetzes vom 4.7.1949 betr. Wiedergutmachung des den
 Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes
 durch den Nationalsozialismus zugefügten Unrechts gestellt. Ueber
 diesen Antrag ist bisher noch nicht entschieden.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

18.1.81.0.25
 18.1.50
 18. Januar 1950.

Kreissonderhilfsausschuss
 4-1/8 Kort-D./-

Bescheinigung.

Herrn Johannes Kort in Reinfeld, Hamburger Chaussee 8
 wird hiermit zur Vorlage beim Finanzamt Stormarn bescheinigt, dass
 er von dem Kreissonderhilfsausschuss Stormarn als ehem. polit.
 Geschädigter anerkannt ist. Er hat Antrag auf Wiedergutmachung auf-
 grund des Gesetzes vom 4.7.1949 betr. Wiedergutmachung des den
 Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes
 durch den Nationalsozialismus zugefügten Unrechts gestellt. Ueber
 diesen Antrag ist bisher noch nicht entschieden.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B 2



19 JAN. 1954 19

ungsbehörde ausfüllen:
(stempel)

lallistischen Verfolgung (BEG)

Stormark
Kaussee
bis, Land:
r. Holstein.

d Haus-Nr.)
25. 21 Jahre

ens oder der Weltanschauung?
nein

der Verfolgung eines anderen

eis, Land):

d Haus-Nr.)

e oder des Glaubens oder der

13

Sonderhilfsantrag

- Kort - D./K.

Herrn
Johannes Kort
in Reinfeld
Hamburger Chaussee 8

Die Landesversicherungsan-
nung von Ersatzzeiten in
legt. Ich soll insbesondere
bis 21.6.37 ohne Arbeit w
Aus meinen hier vorliegen
Angaben auch früher gemac
vor.
Ich bitte Sie daher, mir
weisen, dass diese Angabe
Für eine umgehende Einrei
suchen der Landesversiche

12

Landesversicherungsanstalt
Schleswig-Holstein

Gesch.-Zeichen Abt. IV NV.- 184/50

Bei Antwort ist vorstehendes Gesch.-Zeichen
unbedingt anzugeben

4-1/2

An den
Kreissonderhilfsausschuß
Bad Oldesloe

Betr.: Antrag des Johannes Kort, geb. 10.2.85 in Pohnsdorf,
wohnhaft in Reinfeld, Hamburger Chaussee 8 gem. Gesetz über
die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der
Sozialversicherung vom 22.8.1949.

Anliegend übersenden wir obigen Antrag mit der Bitte um Stellung-
nahme. Insbesondere bitten wir um Mitteilung, ob die Angaben zu
Ziffer 1c (Arbeitslosigkeit vom 1.8.35 bis 21.6.37) zutreffen.

Jm Auftrage:

24. August 1950
Kronsförder Allee 2-6 Fernruf 25921-25

Bankkonten:
Landeszentralbank von Schleswig-Holstein, Hauptstelle Lübeck, Girokonto-Nr. 24/7129
Landesbank u. Girozentrale Schleswig-Holstein, Zweiganstalt Lübeck, Kto.-Nr. 50 u. 1323
Handelsbank in Lübeck, Girokonto 30638
Postcheckkonto: Hamburg 17892

26. AUG 1950

Georg Busch, DO 116, Lübeck 40000 7.50

Im Vorfeld:

gesehen wurde ist dieser noch nicht entsprechend
guten den Bestimmungen der Landesversicherungsanstalt. Der
Beitrag der Versicherungsanstalt ist der Landesversicherungsanstalt
Klump des Gesetzes vom 22.8.1949. Der Landesversicherungsanstalt
Gesetz der Landesversicherungsanstalt ist der Landesversicherungsanstalt
el von dem Landesversicherungsanstalt. Der Landesversicherungsanstalt
mit der Landesversicherungsanstalt. Der Landesversicherungsanstalt
Herrn Johannes Kort in Reinfeld, Hamburger Chaussee 8

Reinfeld

4-1/2 Kort-D./K.

Kreissonderhilfsausschuß

2/2

1/1 Vordruck wurde
Bd. 0. 18.1.50

18. JAN. 1950

Kreisarchiv Stormarn B 2



13

5. September 1950

- Kort - D./K.

Herrn
Johannes K o r t
in Rein f e l d
Hamburger Chaussee 8

Die Landesversicherungsanstalt in Lübeck hat mir Ihren Antrag auf Anrechnung von Ersatzzeiten in der Rentenversicherung zur Begutschtung vorgelegt. Ich soll insbesondere bestätigen, dass Sie in der Zeit vom 1.8.35 bis 21.6.37 ohne Arbeit waren. Aus meinen hier vorliegenden Unterlagen ergibt sich nur, dass Sie diese Angaben auch früher gemacht haben. Eine Unterlage dafür liegt jedoch nicht vor. Ich bitte Sie daher, mir durch eine Bescheinigung des Arbeitsamtes nachzuweisen, dass diese Angaben den Tatsachen entsprechen. Für eine umgehende Einreichung wäre ich sehr dankbar, damit ich dem Ersuchen der Landesversicherungsanstalt stattgeben kann.

Im Auftrage:

Der Direktor
der
Landesheilanstalt.

St.-N. 5770

Nachstehend bezeichnete
Personen sind in der
Landesheilanstalt
in der Zeit vom 1.8.35
bis 21.6.37 ohne Arbeit
gewesen. Die Angaben
sind aus den Unterlagen
der Landesheilanstalt
entnommen.

Johann Willhelm
W e i l e r

Ich bitte Sie
um die Anrechnung
der Ersatzzeiten
in der Rentenversicherung
zu bestätigen.

Am 18.7.50

Kreis Stormarn

Der Herr Landrat,
Kreis Stormarn

in
B.d. 18.7.50

50
Dulftung über
Stadtpflicht
Stadtpflicht
Stadtpflicht

Farbkarte #13

Blue
Cyan
Green
Yellow
Red
Magenta
White
3/Color
Black

B.I.G.

Centimetres
Inches

Kreisarchiv Stormarn B 2

19 JAN. 1954 19

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

Stempel

15

Sonderhilfsausschuß
4-1/9 Kort-D./-

an das
Arbeitsamt
Nebenstelle Reinfeld,
Reinfeld.

Der
bei mir den Antrag auf
versicherung gestellt
vom 1. August 1935 bis
ist, dass Kort am 1.8.
Ich
gemachten Angaben den



Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
- Sonderhilfsausschuß 4-1/9 -

Z.: - Kort - D./K.

Herrn
Johannes Kort

in Reinfeld
Hamburger Chaussee 8

Die Landesversicherungsanstalt in Lübeck hat mir Ihren Antrag auf Anrechnung von Ersatzzeiten in der Rentenversicherung zur Begutachtung vorgelegt. Ich soll insbesondere bestätigen, dass Sie in der Zeit vom 1.8.35 bis 31.6.37 ohne Arbeit waren. Aus meinen hier vorliegenden Unterlagen ergibt sich nur, dass Sie diese Angaben auch früher gemacht haben. Eine Unterlage dafür liegt jedoch nicht vor. Ich bitte Sie daher, mir durch eine Bescheinigung des Arbeitsamtes nachzuweisen, dass diese Angaben den Tatsachen entsprechen. Für eine umgehende Einreichung wäre ich sehr dankbar, damit ich dem Ersuchen der Landesversicherungsanstalt stattgeben kann.

Bad Oldesloe, den 5. September 1950
Fernruf: Sammel-Nr. 151
Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postsparkonto: Hamburg 13

Im Auftrage:

J. Schütte, DR 286, Bad Oldesloe

Im Auftrage:

an den Kreisverband der Landesversicherungsanstalt in Lübeck
Ich bitte Sie bestätigen, dass Sie in der Zeit vom 1.8.35 bis 31.6.37 ohne Arbeit waren. Aus meinen hier vorliegenden Unterlagen ergibt sich nur, dass Sie diese Angaben auch früher gemacht haben. Eine Unterlage dafür liegt jedoch nicht vor. Ich bitte Sie daher, mir durch eine Bescheinigung des Arbeitsamtes nachzuweisen, dass diese Angaben den Tatsachen entsprechen. Für eine umgehende Einreichung wäre ich sehr dankbar, damit ich dem Ersuchen der Landesversicherungsanstalt stattgeben kann.

Herrn Johannes Kort

in Reinfeld

- Kort - D./K.

19.9.50

5. September 1950

Kreisarchiv Stormarn B 2



Kreisarchiv Stormarn B 2



15

13. September 1950.

Sonderhilfeausschuss
4-1/9 Kort-D./-

An das
Arbeitsamt
Nebenstelle Reinfeld,
Reinfeld.

Der zu Reinfeld wohnhafte Johannes Kort hat bei mir den Antrag auf Anrechnung von Ersatzzeiten in der Rentenversicherung gestellt und behauptet, dass er aus politischen Gründen vom 1. August 1935 bis 21.6.1937 ohne Arbeit gewesen sei. Nachgewiesen ist, dass Kort am 1.8.1935 aus politischen Gründen entlassen wurde. Ich bitte um Prüfung und Mitteilung, ob die gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen.

Im Auftrage:

L. 74/a. M

Der Direktor
Landesarchiv

Reinfeld 1.11.50

Johannes Kort

Das ist Richtigstellung mit dem Brief vom 9.9.50. Bitte Ihnen mitteilen.

Im Auftrag: [Signature]

Reinfeld

50 Jahre
Düffling fiber
Städt. Archiv
Reinfeld

Kreisarchiv Stormarn B 2



16

27. September 1950

- Kort - D./K.

An die
Landesversicherungsanstalt
Schleswig - Holstein
in L ü b e c k
Kronsförder Allee

In der Rentenangelegenheit Johannes K o r t in Reinfeld nehme ich Bezug
auf das dortige Schreiben vom 24.8.50

Aktz.: Abt. IV NV.- 184/50

nedchreiche anliegend den Antrag auf Anrechnung von Ersatzzeiten in der
Rentenversicherung zurück mit dem Bemerken, dass die unterlc aufgeführten
Angaben der Tatsachen entsprechen. Auf die beiliegende Bescheinigung der
Arbeitsamtenebenstelle Reinfeld nehme ich Bezug.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Kontrollen wurden den Jenseiten entfallen.

Ich bitte um Prüfung und Mitteilung, ob die
bei dem Korte am 1.8.1950 eine Verfügung ergangen ist, dass
am 1. August 1950 die St. 1950 ohne weitere Kosten der Versicherungs-
anstalt zu Lasten der Rentner, dass es eine Verfügung ergangen
ist, dass die Verfügung der Rentner zu den Renten-
bei an Reinfeld monatlich 10 Mark 00 Pf. bet.

B e i l e g e :

Personelle Reinfeld,
K r o n s f ö r d e r
am 24.8.50

1-1/2 Korte-D.-
sonstige Bescheinigung

19. September 1950

19 JAN. 1954 19

gungsbehörde auszufüllen:

gsstemp)

	zialistischen	Verfolgung	(BEG)
--	---------------	------------	-------

Stormark
Hauke
reis, Land:
e-Holstein.

.....nd Haus-Nr.)

2. 25. 31 Jahre

ibens oder der Weltanschauung?

~~ja~~ / nein

der Verfolgung eines anderen

Kreis, Land):

und Haus-Nr.)

...isse oder des Glaubens oder der

17

Landesversicherungsanstalt
Schleswig - Holstein
Abt.IV EV - 184/50

Lübeck, den 29.11.1950
Kronsfordter-Allee 2-6

An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
- Der Landesminister des Innern -
Ref. I/14 Pol.Wi.Gu.,

Landesregierung
SCHLESWIG-HOLSTEIN
Eing. - 4 DEZ. 1950
Anlagen

K i e l.
Landeshaus

Betr.: Johannes Kort, geb. 10.2.1885, wohnhaft in Reinfeld, Hamburger-
Bezug: ohne Chaussee 8

Der o.G. hat hier am 18.8.50 einen Antrag auf Anrechnung von Ersatzzeiten in der Rentenversicherung auf Grund des Gesetzes über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung vom 22.8.1949 gestellt.

Auf Grund dieses Gesetzes ist die laufende Rente durch die Anrechnung von Ersatzzeiten um 4,10 DM auf monatlich 104,10 DM erhöht worden.

Die laufende Zahlung der erhöhten Rente beginnt am 1.1.1951.
Die Nachzahlung für die Zeit vom 1.3.50 bis 31.12.50 beträgt 41,00 DM

Diese Mitteilung ergeht nachrichtlich.

1) Keine AKE vorhanden. $\text{Fk } 6/12.50$ Im Auftrage:

IV 2 V. 5 (Mittl. an Lds. Reg.)

400.11.50

IN THE COURT OF:

[illegible]

WKF 5: 8p1* 1A nA* - 184\20

шир. 400 м, длина 100 м, глубина 10 м, в 10 м от берега
вдоль берега, в 10 м от берега, в 10 м от берега

KLONALOGICAL MYTHS
IN THE 1980s
SCIENTISTS - POLITICAL
MANIPULATORS OF THE KENNEDY
MYTH

$$= \text{KOLC} = D^* \setminus K^*$$

W. S. G. M.

SA* gebreusel 1320

Kreisarchiv Stormarn B 2





se oder des Glaubens oder de



॥०१॥

Quittung über
50
Reichspfennig
Stadt Reinfeld
Hofheim

Dezember 1950
Verwaltung
des Kreises Stormarn
11.07.1950
Kreisdirektor

tet. Rentenansprüche liegen dort vorliegen, wird ergangen beizufügen.

trage

4161

BA 2.2.52

Kreis stormarn
Der Kreisausschuss
- Sozial- u. Jugendamt -
Körperbehinderten- u. Hinter-
bliebenenfürsorge 4-1/8.

Bad Oldesloe, den 1951

Von der Landesversicherungsanstalt Lübeck eine einmalige Beihilfe in Höhe von Mk bewilligt worden.

Im Auftrage:

Gemäß Rundverfügung vom 8. 12. 50 ist für

An die
Stadt / Amts / Gemeindevverwaltung
in

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

mit Anlagen

Nr.	Wzrost	Waga	Temperatura	Puls	Ciężar ciała	Stwierdzone zmiany
1	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
2	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
3	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
4	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
5	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
6	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
7	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
8	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
9	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
10	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
11	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
12	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
13	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
14	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
15	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
16	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
17	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
18	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
19	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
20	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
21	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
22	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
23	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
24	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
25	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
26	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
27	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
28	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
29	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
30	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
31	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
32	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
33	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
34	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
35	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
36	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
37	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
38	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
39	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
40	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
41	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
42	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
43	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
44	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
45	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
46	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
47	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
48	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
49	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
50	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
51	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
52	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
53	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
54	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
55	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
56	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
57	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
58	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
59	1,70	70	36,5	72	70	Brak zmian
60						

Empfangsbestätigung erteilt am

Antrag

Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

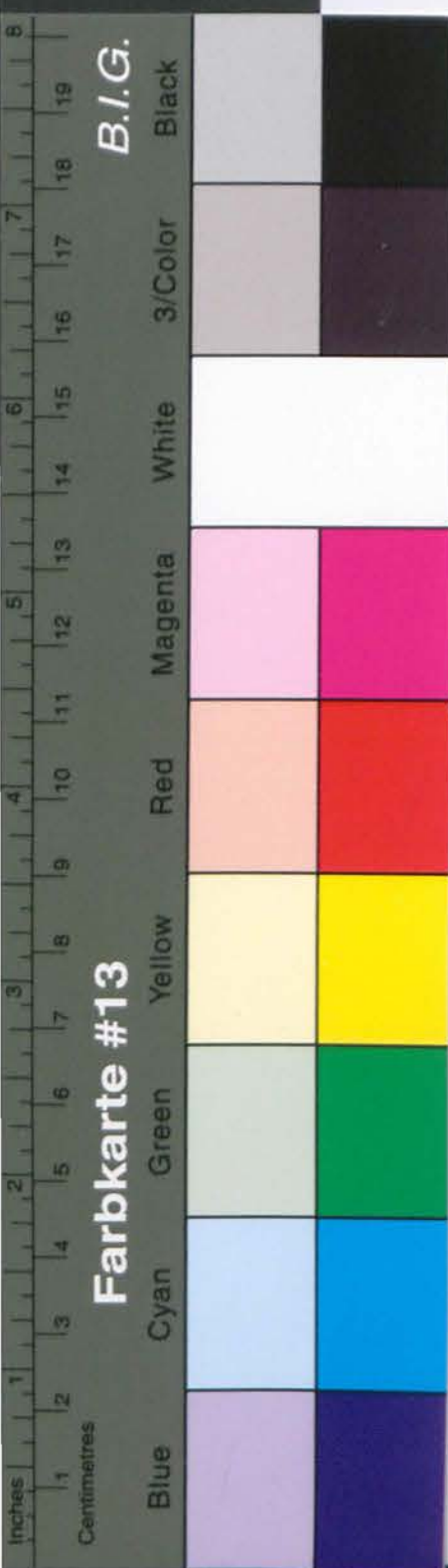
L. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Reinfeld - Stormarn
 Vornamen: Hamburgerschausee
 Geburtstag und -ort (Kreis, Land): jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
10. 2. 1885 Schleswig-Holstein.
Pakenstorf - Mecklenburg
 Familienstand: led. / verh. / verw. / geseh. (Straße und Haus-Nr.)
 Anzahl der Kinder: 5 Alter der Kinder: 43. 40. 39. 35. 31 Jahre
 Staatsangehörigkeit: früher: deutsch jetzige: deutsch
 Beruf:
 Erlernter Beruf: Kein.
 Jetzige berufliche Tätigkeit: Kolonnenführer
 3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein
 Wenn ja: Wegen politischer Überzeugung.
 Wegen ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?
 4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? nein
 Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:
entfällt.

II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: entfällt.
Vornamen:
Geburtsort und -ort (Kreis, Land):
.....
.....
gestorben am:
.....
in (Kreis, Land):
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:
2. Beruf:
Erlerner Beruf:
.....
Letzte berufliche Tätigkeit:
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B 2

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

	Anspruchsberechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	ja / nein	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen?	ja / nein	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:		
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	ja / nein	ja / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:	ja / nein	ja / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:		
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:		
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:		
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:		
e) bei Sowjetzonenflüchtlings: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:		
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?		
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?		
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen? Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:	ja / nein	ja / nein
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgengruppen und deren Hinterbliebenen.		
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?		
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?		
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?	ja / nein	

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6) Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten	ja / nein
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15) a) Heilverfahren: b) Rente und Kapitalentschädigung:	ja / nein ja / nein
3. Schaden an Freiheit (§ 16) durch Freiheitsentziehung	ja / nein
In _____ vom _____ bis _____ in _____ vom _____ bis _____ in _____ vom _____ bis _____ in _____ vom _____ bis _____ in _____ vom _____ bis _____	
Insgesamt = _____ volle Monate	
4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18—24) a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung: b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer: c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten: d) durch sonstige schwere Schädigung:	ja / nein ja / nein ja / nein ja / nein
5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25—55) a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit: b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle: c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950: d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:	ja / nein ja / nein ja / nein ja / nein
6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56—63) durch Schädigung in einer Lebensversicherung:	ja / nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
<i>Ministerium Kulturb.-Verl.</i>	<i>1944</i>	<i>T.B. - 1912. 15.</i>
<i>" " " "</i>	<i>1951</i>	<i>I/152. Nr. 625</i>
<i>Kreisarchiv Stormarn</i>	<i>1950</i>	<i>Personalamt 0/02</i>

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen:

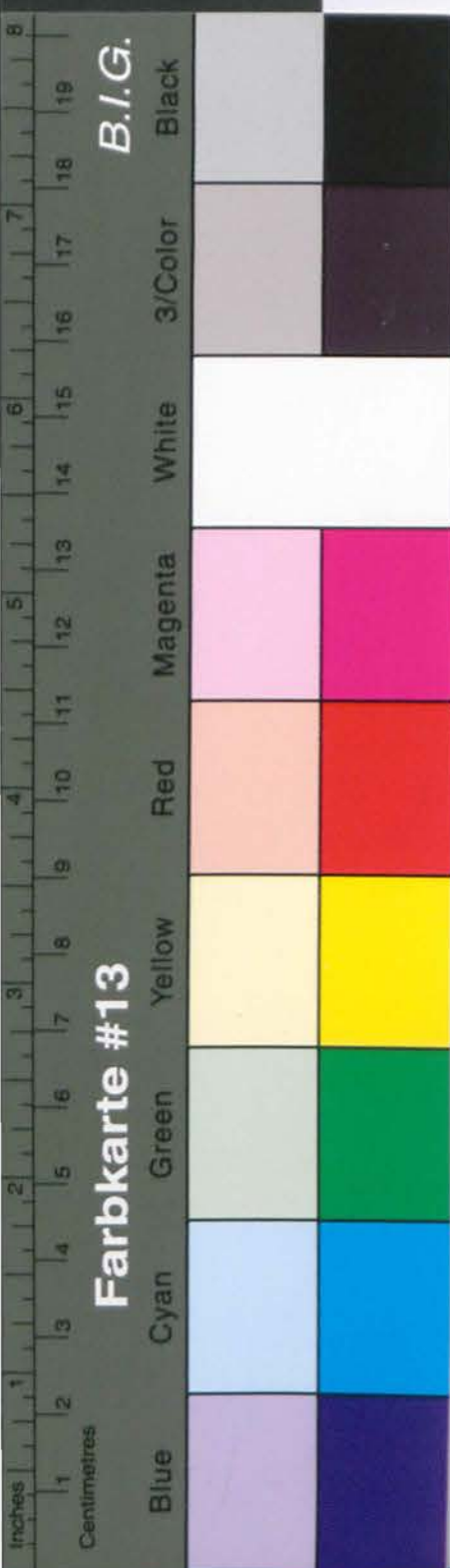
nicht vorhanden

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten?

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:



Kreisarchiv Stormarn B 2

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

- Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
- Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
- Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

Entlassungsverfügung des Landrats 21.6.35, Urteil Arbeitsgericht Wandsbek v. 14.2.1936, und sonstige Beweismittel

wurden bereits an *Landratsamt und Brandamt Kre Stormarn* oder (Behörde)

(Gericht) (Aktenzeichen)

zu *Entschädigungs* -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wesentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Reinfeld, Holst den *2. Januar 54*
(Ort) (Datum)

Johannes Kort
(Unterschrift)

Dem Antrag sind *4* Anlagen beigelegt, und zwar:

- Ausschreiben zum Antrag*
- Gescheinigung der A.O.K. Stormarn*
- " " der Finanzamt "*
- " " der Fa. Carl Hoffmann*
-
-
-
-
-
-
-

Nachdruck verboten.

„Buchkunst“, Berlin W 35

22

An das
Landesentscheidungs-
Schleswig - Hol-
stein
in Kiel

In der Wiedergutmachungs-
sache Johanes K o r t in Reinfeld,
Ham burger
Chaussee 8, bitte ich um Erteilung einer
Beldebescheinigung in dop-
pel-
ter Ausfertigung, woraus ersichtlich ist,
seit wann K. in Reinfeld
wohnhaft und polizeilich gemeldet ist.

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
Sozial- u. Jugendamt
- Sachhilfenausschuß - 4. 1/9.

- Kort -

An die
Stadtverwaltung
- Einwohnermeldeamt -
in Reinfeld

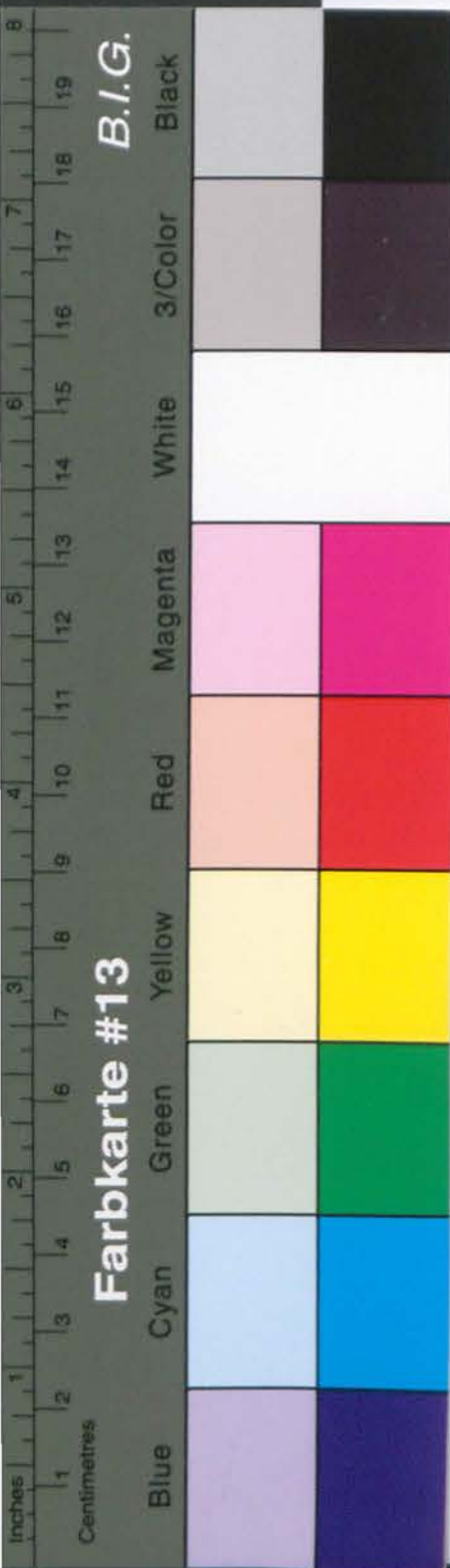
In der Wiedergutmachungssache Johanes K o r t in Reinfeld, Ham burger
Chaussee 8, bitte ich um Erteilung einer Beldebescheinigung in dop-
pel-
ter Ausfertigung, woraus ersichtlich ist, seit wann K. in Reinfeld
wohnhaft und polizeilich gemeldet ist.

Im Auftrag des Landrates:
(Unterschrift)
Stabschef

Bei Antwort
Aktenzeichen angeben.

Bad Oldesloe, den 13. März 1954
D./Rt.

Stamp: 13. MÄRZ 1954



Kreisarchiv Stormarn B 2

Nachdruck verboten.

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen? *entfällt*

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 einem Rückerstattungsverfahren getreten worden?

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgs
2. Eine Erläuterung der Schäden und der Eigentümern der Eigentümern
3. Beweismittel (Originale, begl. zum Beispiel: Aufenthalt und Heiratsurkunden, die der Eigentümern als Heiratsurkunden, Nachweis der Beweis der Ansprüche d

Folgende Beweismittel:

Entlassungsbescheid
14.2.1936
wurden bereits an *Landes*

(Gericht)

zu

VII. Ich versichere, daß die vorstehende bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes Anspruchsberechtigte sich, um lauterer Mittel bedient oder w Höhe des Schadens gemacht, v Nachträgliche Veränderungen, c Entschädigungsgericht unverzüglich

Reinfeld
(Ort)

Dem

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.
- 7.
- 8.
- 9.
- 10.

Nachdruck verboten.

Stadtverwaltung
Reinfeld
Der Bürgermeister als
örtliche Ordnungsbehörde

Reinfeld, d. 22.3.1954



U r s c h r i f t l i c h
unter Beifügung der gewünschten Bescheinigung zurückgereicht.

1. A.
[Signature]

Im Auftrage:

In der Wiedergutmachungsstelle Johannes K o r t in Reinfeld überreiche ich anliegend den Antrag nach dem BEG. mit der Bitte um die dortige Entscheidung.
Auf die dem Antrage beigelegten Unterlagen verweise ich.

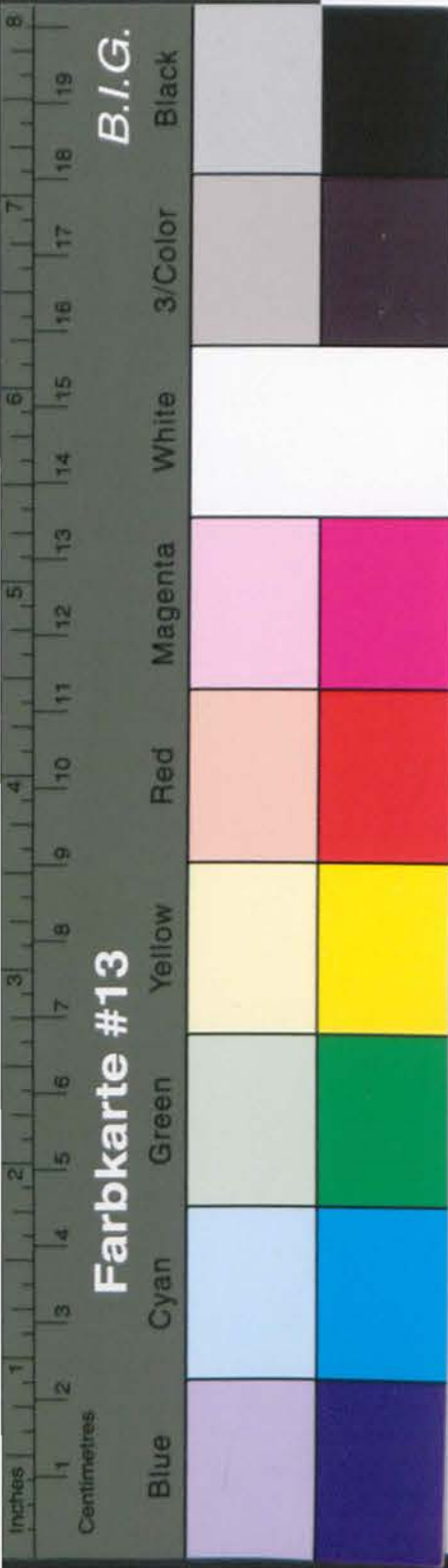
An das
Landesentscheidungsamt
Schleswig - Holstein
in K i e l

D. / Rl.

Kreisentscheidungsamt
4-1/9 - Kort -

10. April 1954

22



Kreisarchiv Stormarn B 2

